CDU HALLE (SAALE)

OV Halle-West
Vorsitzender: Christian Albrecht MdL

Mobil: 0179 4269325
E-Mail: wahlkreisbuero@christian-albrecht.net

CDU-Kreisverband Halle · Ulestr. 8 · 06114 Halle (Saale)

An die Mitglieder des

Ortsverbandes Halle-West

Halle (Saale), 27. Juni 2023

Sehr geehrte Mitglieder,

durch die Mitgliederversammlung am 15.06.2023 ist der Zusammenschluss der beiden Ortsverbände Dölau, Heide-Nord, Lettin und Halle-Neustadt / Nietleben geglückt. Ich darf Sie daher herzlich zu meinem ersten Newsletter für den Ortsverband Halle-West begrüßen.

In dieser Woche findet die 22. Sitzungsperiode statt. Es stehen diesmal 33 Tagespunkte auf der Agenda. Hier ein kleiner Einblick:

1. „Zahnärztliche und kieferorthopädische Unterversorgung verhindern – Landeszahnarztquote einführen, mehr Weiterbildungsangebote entwickeln“
Antragsteller ist die Fraktion DIE LINKE. Gefordert wird unter anderem eine erneute Prüfung einer Landeszahnarztquote, mit der sich Bewerberinnen und Bewerber um einen Studienplatz verpflichten, für einen festzulegenden Zeitraum nach Studienabschluss in Sachsen-Anhalt zu bleiben. Außerdem sollen Möglichkeiten der zentralen und dezentralen zahnmedizinischen Versorgung geprüft und entwickelt werden, z. B. durch zahnmedizinische Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft oder Förderung mobiler Zahnarztpraxen. Zudem soll in Zusammenarbeit mit der KZV und den Ausbildungseinrichtungen im Land ein Programm zur Betreuung von Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern sowie zur Fort- und Weiterbildung entwickelt werden, in dem unter anderem Werte, wie die Attraktivität der Versorgung von älteren Menschen, vermittelt werden.

2. „Alarmstufe Rot! Krankenhäuser in Not! – Gesundheitsversorgung im Land Sachsen-Anhalt planen und absichern“
Einbringer der aktuellen Debatte ist die Fraktion DIE LINKE. Grund hierfür ist das vorliegende Gutachten zur Krankenhauslandschaft in Sachsen-Anhalt sowie die vom Bund angestrebte Krankenhausreform, bei welcher sich schon jetzt abzeichnet, dass diese mit erheblichen Verlusten der Kliniken einhergehen wird. Die Gesundheitsversorgung der Menschen in Sachsen-Anhalt muss in allen Teilen des Landes abgesichert sein und darf weder von Wohnort noch vom Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger abhängen.

3. „Führerschein-Zuschuss für Sachsen-Anhalts Auszubildende“

Die antragstellende Fraktion der AfD führt ein, dass immer weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen werden. Allein im Jahr 2021 wurden ungefähr 20 % weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen als 2011. Es sei daher wichtiger denn je, die Attraktivität der Berufsausbildung zu steigern. Ein Problem seien wohl nach wie vor noch die zu langen Schulwege. Doch selbst ein dichtes Berufsschulnetz gewährleistet nicht automatisch eine gute Erreichbarkeit von Berufsschulen und Betrieben. Daher wird die Landesregierung aufgefordert, einen Landeszuschuss in Höhe von 50 % der Kosten bis 1.500,00 € für eine Fahrerlaubnis für Auszubildende einzuführen. Im Übrigen wurde darauf verwiesen, dass es nicht zielführend sei, den Fokus auf Arbeitsmigranten aus dem Ausland zu legen, man müsse vielmehr einheimische Jugendliche in eine Ausbildung bringen.

4. Sachsen-Anhalt in aller Welt – Außenwirtschaft des Landes stärken“

Antragsteller sind die Koalitionsfraktionen der CDU, SPD und FDP. Die Landesregierung wird gebeten, das Außenwirtschaftskonzept des Landes Sachsen-Anhalt zu überarbeiten. Eine Überarbeitung solle vor allem unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte erfolgen. Beispielsweise soll die Erstellung einer Außenwirtschaftsstrategie mit dem Ziel der Risikoreduzierung und Wachstumsförderung erfolgen. Außenhandelsbeziehungen mit den Staaten der Europäischen Union sowie mit Wertepartnern außerhalb der EU sollen vertieft werden. Außerdem sollen Unternehmen Qualifizierungen sowie Fortbildungen für Außenhandelsgeschäfte erhalten.

5. „Einsetzen von Hauswirtschafterinnen in den Frauenhäusern“

Antragsteller sind auch hier die Koalitionsfraktionen der CDU, SPD und FDP. Die Nachfrage nach Plätzen in Frauenhäusern hat in den vergangenen Jahren insgesamt zugenommen, sodass daraus eine höhere Arbeitsbelastung der dort beschäftigten Fachkräfte folgt. Durch die dort anfallenden hauswirtschaftlichen Aufgaben entsteht eine Doppelbelastung der Mitarbeiter. Die Landesregierung wird aus diesem Grund darum gebeten, für das Hauswirtschafts- und Gebäudemanagement der Frauenhäuser in Sachsen-Anhalt, je nach Größe der Einrichtung, angemessen Personal vorzuhalten. Im Übrigen wird darum gebeten, im Haushaltsansatz notwendige Mittel zur Vollfinanzierung der benötigten Stellen für Hauswirtschafterinnen bereitzustellen und eine entsprechende Richtlinie vorzubereiten, damit die Mittel zügig abfließen können.

Wie üblich melde ich mich mit den Ergebnissen der Plenarsitzung bei Ihnen. Bis dahin!

Herzliche Grüße, Ihr

Christian Albrecht MdL
Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-West